

Sonderdruck aus

Die Kunst des Vernetzens

Festschrift
für Wolfgang Hempel

Herausgegeben von
Botho Brachmann, Helmut Knüppel,
Joachim-Felix Leonhard und
Julius H. Schoeps



Verlag für Berlin-Brandenburg

Schriftenreihe des Wilhelm-Fraenger-Instituts Potsdam

Herausgegeben von Prof. e.h. Wolfgang Hempel
Prof. Dr. Helmut Knüppel
Prof. Dr. Julius H. Schoeps

Band 9

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 3-86650-344-X

Die Entscheidung darüber, ob die alte oder neue deutsche Rechtschreibung Anwendung findet, blieb den Autoren überlassen, die auch selbst für Inhalt, Literaturangaben und Quellenzitate verantwortlich zeichnen.

Umschlaggestaltung: Christine Petzak, Berlin
Redaktion und Satz: Dieter Hebig, www.dieter-hebig.de
Druck: Druckhaus NOMOS, Sinzheim

Titelfoto: Burg Ludwigstein, Innenhof

1. Auflage 2006
© Verlag für Berlin-Brandenburg GmbH,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin.
www.verlagberlinbrandenburg.de

Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Wertewandel in Staat und Gesellschaft in West- und Osteuropa

Von Joachim-Felix Leonhard

Vor knapp 200 Jahren, im Jahre 1867, verfasste Freiherr Karl August von Hardenberg eine Denkschrift zur Reorganisation des Staates. In dieser von Leopold von Ranke herausgegebenen und nicht nur für die preußische Verfassungsgeschichte wichtigen und bedeutsamen Schrift, die Hardenberg im übrigen von Riga aus, seinem Verbannungsort, auf Befehl des Königs zusammenstellte, ging es dem preußischen Reformier darun, Gedanken der Französischen Revolution aufzunehmen, „möglichste Freiheit und Gleichheit“, wie er schrieb, herbeizuführen – und dennoch keinen liberalen Verfassungsstaat zu schaffen. Zwar bekannte sich Hardenberg sehr wohl zum liberalen Grundgedanken, doch wollte er diese ausschließlich auf die Wirtschaft angewandt wissen. An einen demokratisch pluralistischen Staatsaufbau dachte er mit Sicherheit nicht, als er in seiner Denkschrift zwar „demokratische Grundzüge in einem monarchischem Staat forderte“, doch war hier keineswegs etwa die *Wertetrias* von Freiheit, Brüderlichkeit und Gleichheit im Sinne der Gedanken vor 1789 zu verstehen.

200 Jahre nach der Erstürmung der Bastille brach sich neuerlich Sehnsucht nach Freiheit Bahn, nunmehr freilich in gänzlich anderem Rahmen und den bis dahin gekannten Antagonismus zwischen einer von westlicher Demokratie und Freiheit geprägten Wertvorstellungen und dem ideologisch verfassten Totalitarismus des kommunistischen Ostblocks überwindend. Als im Sommer und Herbst 1989 Zäune zwischen Ungarn und Österreich beseitigt wurden und Anfang November Günther Schabowski in Unsicherheit über die Befugnisse eines sich auflösenden Staates in die Mikrophone formulierte, „der Zugang gelte auch für West-Berlin“, da waren die Grenzen nicht nur in physischer Hinsicht beseitigt. In der Folgezeit implodierten geradezu bislang fest verankerte Wertevorstellungen im Osten, die die Transformation von einer der Parteiräson folgenden politischen Ausrichtung durchaus unterschiedlicher Gesellschaften *eines* Systems zwischen Tallinn und Wladiwostok, zwischen Baku und Sofia bedeuteten. Reformen wie Verfassungen, Demokratisierung und Liberalisierung waren angesagt in den Jahren nach 1989, fast, aber nur fast wie

vor 200 Jahren, denn im Gegensatz zu den monarchischen Strukturen der napoleonischen Zeit ging es in den vergangenen Jahren nach 1989 wesentlich darum, demokratische Grundstrukturen in den sich bildenden, z.T. erstmals oder auch – wieder – einmal selbstständig werdenden Ländern einzuführen. Sollte dies in den Ländern selbst erfolgen oder waren und sollten Hilfestellungen von außen, vom Westen, möglich oder nötig sein? Und welche Werte waren eigentlich zu vermitteln? Vielleicht mag die Parallele zufällig sein, aber allein der Umstand, dass Hardenberg seine Denkschrift an seinem Verbannungsort Riga verfasste, macht deutlich, dass 200 Jahre später die Neuordnung des mittleren Osteuropa – wieder – an dieser politischen Nahtstelle als europäische Fragestellung zu lösen ist. An einer Nahtstelle im Übrigen, die ja in den vergangenen 200 Jahren vielfache politische Wandlungen, vor allem aber Kriege und Vernichtung erfahren hat und, die für die Zukunft zu vermeiden, deshalb eine gesamt-europäische Frage ist und/oder auch ein globales Phänomen sein wird.

Im Rahmen dieses Beitrages sollen einige wenige Aspekte einer von ihren historischen Hintergründen her komplexen Situation beleuchtet werden. Dabei steht am Anfang die Frage nach dem Wertewandel, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen und in Deutschland vollzogen hat – oder der derzeit nach wie vor abläuft. Dabei zeigt die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland vor 1989, wie von Anbeginn der nicht nur materielle Wiederaufbau, sondern vor allem die gesellschaftliche und politische Erneuerung in engem Einklang zur Vermittlung von Werten stand, die über zwölf Jahre unter dem Nationalsozialismus mit Füßen getreten worden waren – und deren Re-etablierung nicht ohne die Politikentwürfe der Alliierten als Initialzündung im Jahre 1945 hätte stattfinden können.

Ja, Thomas Mann hatte in seiner berühmten Rede an die deutschen Hörer am 13. Mai 1945 schon recht, als er darauf hinwies, dass sich die Deutschen ja nicht etwa selbst von Diktatur und mörderischen Tun befreit hatten, sondern dies die Tat der Anderen gewesen sei und die Deutschen glücklich sein dürften, hinfort nicht länger das Land Hitlers geheißen zu werden. Re-education in den verschiedenen Facetten und politische Sichtweisen der Alliierten bedeuteten Neuaufbau von Freiheit und Demokratie – und Wiedervereinigung der vier Zonen zu einem einheitlichen Staatsgebilde, wie noch 1949 Konrad Adenauer und Wilhelm Pieck in bemerkenswert ähnlichen Rundfunkreden betonten. Die unterschiedlichen Wege, die die beiden Staaten in den darauf folgenden 40 Jahren nahmen, – sie

bedeuteten auch die Divergenz von Wertvorstellungen, und das nicht nur in der Frage der Anschlüsse an die jeweilige Verteidigungssysteme NATO bzw. Warschauer Pakt; vielmehr ließ ja die unterschiedliche Entwicklung von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft, von Emanzipation und der Entwicklung individueller Freiheit im Westen gegenüber dem SED-System und seiner Planwirtschaft, gegenüber Einengung und Einschüchterung, einen Hiatt von Verhaltensmustern individueller und kollektiver Form mitten in Europa entstehen, der sich auf alle Felder der persönlichen und staatlichen Existenz auswirkte. Er äußerte sich im Westen ebenso in der freien Ausübung der Religion wie im Geschmack der Mode, in der Jugendkultur, im Sport, im Bildungssystem, kurz: Eigentlich überall, vielleicht mit Ausnahme der sprachlichen Identität, die aber – auch – zwischen Deutschland-West und Deutschland-Ost Divergenzen aufzeigte.

Es entstand über die Zeitläufte ein aus vielen Mosaiksteinen entstehendes Wertegemälde, das nachdrücklich die Wertvorstellungen auch audiovisuell über Hörfunk und Fernsehen, und kurz: über alle Medien ging – und unsere auditive wie visuelle Perzeption bedingte, sich jeden Abend, etwa bei gleichem Thema, aber unterschiedlicher Berichterstattung in „Tagesschau“ bzw. „Aktueller Kamera“ ereignete und dazu beitrug, dass das Bild bald als Ganzes wirkte und die jeweils *Anderen* zu *Fremden* werden sollten. Wer heute den Schwarzen Kanal Karl-Eduard von Schnitzlers dem ZDF-Magazin Gerhard Löwenthals gegenüberstellt, wird feststellen, wie sehr deutsch-deutsche Geschichte eine Beobachtungsgeschichte war und die Entwicklung von Werten, auch Stereotypen, dokumentierte. Politischer Anspruch und Realität drifteten auseinander, aber: bezog sich diese Beobachtung nur auf die Deutschen in Ost und West? Oder war nicht ebenso bedeutend die Frage nach den Werten, wenn es um die jeweilige Nachbarschaft ging und in den Werten der Westintegration a priori auch die Versöhnung und Freundschaft mit den Kriegsgegnern verbunden war, im Osten jedoch der Begriff „Freundschaft“ die Warschauer-Pakt-Staaten einschließlich der DDR-Kontingente eben nicht von dem Einmarsch in das Prag des Jahres 1968 abhielt?

Aber auch sonst haben die Deutschen in Ost und West unterschiedliche Werte und Verhaltensmuster im historischen Rückblick festzustellen. Das zeigt – auch – das Verhältnis zur Religion, die in der Bundesrepublik, mit Öffnung der Gesellschaft, eine stete Säkularisierung und damit ein Zurückdrängen nicht nur christlich-abendländischer Werte, sondern des Religiösen insgesamt, einhergehen ließ, wohingegen in der DDR die Kir-

che, also das Religiöse, in hohem Maße auch Teil des politischen Evolutionsprozesses bis hin zu den Montagsdemonstrationen Ende der 80er Jahre wurde. In gewisser Weise umgekehrt proportionale Entwicklungen also in zwei deutschen Staaten, die zwar einer Nation, die seit Jahrhunderten in Religionsentwicklung und Kirchengeschichte zwar Brüche in der Konfessionsgeschichte und damit auch ethisch-theologischen Wertvorstellung kannte, so nichts desto weniger aber der einheitlichen Basis der christlich-jüdischen Antike und des Abendlandes entstammt.

Aber auch ein anderes Thema, das eigentlich beide Staaten anging, ist sehr unterschiedlich in den politischen Diskurs der Erinnerungsaufgabe gelangt: Gemeint ist das Bekenntnis und die Auseinandersetzung um das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte, den Holocaust, den als gesellschaftlichen Gedächtnisauftrag zu begreifen der Westen erst der energischen Gedächtnisarbeits Fritz Bauers, des Generalstaatsanwalts beim Frankfurter Auschwitzprozess, bedurfte und der dann, weil er wissenschaftlich-juristisch-politisch über die Jahre getragen wurde, auch ein Bekenntnis demokratischer Stabilität des Gemeinwesens wurde. Ganz anders die DDR, die sich eben nicht in die historisch-politische Verantwortung begab, wie sie sich ohnehin der Traditionen und Wertvorstellungen deutscher auch preußischer Geschichte bis Anfang der 80er Jahre entzog. Erst mit Blick auf das 750jährige Stadtjubiläum Berlins und die so genannte „Konkurrenz“ im Westteil der Stadt erinnerte sich der SED-Staat dieser, auch für die Entwicklung von Freiheit und Demokratie wichtigen Teile der früheren – gemeinsamen – deutschen Geschichte, als z. B. Filme über preußische Reformer wie Scharnhorst, Humboldt, Gneisenau in Auftrag gegeben wurden und als eben beispielsweise auch zeithistorische Dokumentationen über den ja auch von preußischem Pflicht- und Traditionsbewusstsein geprägten Widerstand gegen Hitler im DDR-Fernsehen gesendet wurden, kurz: als eben auch Vergangenheitspolitik über Themen der jüngsten Zeitgeschichte stattfand, die zuvor eher ausgeklammert, zumindest nicht als Teil einer umfassenderen historisch-politischen Verantwortung betrachtet worden waren.

Die spiegelbildliche Beobachtungsposition, die die beiden Staaten *zueinander* einnahmen und die sie *neben- und gegeneinander* in Wertvorstellungen handeln ließen, sie entsprach in gewisser Weise der januskopfhaltigen Haltung, die die beiden Staaten gegenüber ihren Nachbarn bezogen. Entwickelte sich das Verhältnis der Bundesrepublik zu ihren unmittelbaren Nachbarn zunehmend entkrampfter, als nämlich aus ehemaligen

Kriegsgegnern tatsächlich Freunde wurden, wie Städte- und Schulpartnerschaften das gegenseitige Kennenlernen und das Wissen voneinander ebenso belegen wie die leider aber schon wieder abnehmenden Sprachkenntnisse. Auch haben nicht zuletzt Institutionen wie die damals neu gegründeten Deutschen Historischen Institute in Paris und London erheblichen Anteil an der Aufarbeitung der jeweiligen nachbarschaftsgeschichtlichen Entwicklung, führten die Goethe-Institute und das Institut Français, British Council oder Instituto della Cultura Italiana die Menschen stets näher zusammen, auch bildeten sich, zumal in Grenzregionen, Partnerschaften heraus, die der Region und dem jeweiligen Regionalbewußtsein deutlich höheren Stellenwert gegenüber dem des ausschließlich nationalen Denkens beimaßen.

So wie die Freizügigkeit im Westen Europas bis hin zum Schengener Abkommen und zum Fall der Grenzen wuchs, wie junge Menschen in Tübingen, Aix-en-Provence und in Perugia studierten und sich eine europäische Bürger- und Zivilgesellschaft herauszubilden begann, auch wenn der Streit um die Europäische Verfassung Gegenläufiges anzeigt, so war die Situation auf der östlichen Seite des „Januskopfes“ sicher nicht dieser Entwicklung vergleichbar. Zwar war früher die „Brücke der Freundschaft“ in Frankfurt an der Oder eine Brücke, doch bedeutete der Gang über diese Brücke ein Grenzübertritt besonderer Art, der nämlich gar nicht so leicht zu überqueren war; zwar gab es viele Schulpartnerschaften zwischen Städten der DDR und der Sowjetunion, doch waren ungeachtet der strengen Kontrolle, die das Zentralkomitee der KPdSU mit ihren so genannten Schwesterparteien, aber ebenso auch der KGB und seine Ableger in den Satellitenstaaten aufgebaut hatten, durchaus einheitliche Verhaltensmuster und dennoch unterschiedliche Identitätswahrnehmung zu erkennen, die das jeweilige Verhältnis zur DDR unterschiedlich ausfallen ließen.

Wie sich die einzelnen Mitgliedstaaten in ihrer politisch-gesellschaftlichen Situation *unterschieden*, ja bis heute noch mehr und nach der Emanzipation von 1989 erst recht – wieder – *unterscheiden*, wird an einigen wenigen Beispielen noch zu zeigen sein. Dies gilt in Osteuropa umso mehr, als zu den bereits bekannten Ländern nach 1989 ja gewissermaßen *neue* und doch, bezogen auf die historischen Wurzeln, *alte* Staaten bzw. Staatsgebilde hinzutraten, die ihrerseits wiederum vehement ihre nationale Identität suchten und diesen Prozess der Entwicklung solchermaßen *neuer* Werte auch Rückgriff auf traditionelle, durch das kommunistische System über Jahre zugeschüttete *alte* bzw. *ältere* Wertvorstellungen, aber

auch durch neue Abgrenzung gegenüber den Nachbarn und dabei zunächst in vielen Bereichen *parallel* zu europäischen Organisationen betrieben. Das Einheitsband des Ostblocks, das sich über die Ideologie des Marxismus-Leninismus, über den politischen Internationalismus und etwa auch über den Rat für wirtschaftliche Zusammenarbeit (RGW) definierte, war natürlich in seiner reflexiven Einheitswirkung wesentlich auch vom Feindbild, genauer: von *Feindbildern* geprägt: wie solche *Feindbilder* oder Stereotypen gleichsam *vice versa* der Westen gegenüber dem Osten ebenso aufbaute, so dass nicht wenige Menschen in den 60er und 70er Jahren meinen mochten, alle Menschen östlich der Zonengrenze sprächen sächsisch wie Walter Ulbricht oder alle Russen hörten auf den Vornamen Ivan.

So entstanden neben abstrakten, den gesellschaftlichen Mustern und ihrem Diskurs entlehnten Werten auf beiden Seiten auch Stereotypen, die ebenso lange über die Dauer des Kalten Krieges aufgebaut wurden, wie sie sich, den Staats- und Parteigebilden nicht unähnlich, ebenso rasch nach 1989 auflösten – und neuen Mustern Platz machten. Dies ist schon deshalb von Bedeutung, als die Etablierung von Stereotypen die Deutung und Erklärung komplexer Zusammenhänge vermeintlich oder vordergründig in der plumpen politischen Diskussion erleichtern mochte – und man dabei nicht selten in der Diskussion übersah, dass die Analyse und Bewertung der politischen Prozesse zunächst einmal sorgfältige Kenntnis und Differenzierung des Wissens der jeweils anderen Seite – auch heute noch – bedürfen.

Dies ist umso bedeutender, als mit dem plötzlichen Zusammenbruch des Ostblocks und der sich gleichzeitig abzeichnenden Globalisierung zweierlei festzustellen war und auch noch ist: erstens war und ist das Wissen um die historische Entwicklung Osteuropas im Westen der Bundesrepublik Deutschland zumindest *ergänzungsfähig* und *-nötig*, wohingegen nicht nur in der DDR, sondern auch anderswo der Blick in den letzten 40 Jahren kommunistischer Herrschaft stets nach Westen gerichtet war – ungeachtet der geringe(re)n Kommunikationsmöglichkeiten und der von Staat und Partei gelenkten Medien im eigenen Land. Westempfang von Radio und Fernsehen, Bezug von Zeitschriften und Zeitungen aus dem Westen, beides trotz Strafandrohung, auch die Aneignung „westlicher“ Sprachen – nur drei Formen des Ausdrucks und des Bemühens, den Anschluss an den Westen und seine Werte zu erlangen oder, wo aus der Zeit früher noch vorhanden, nicht zu verlieren. Umgekehrt blieb der Blick von West nach Osten im metaphorischen Sinne nicht selten im Sperrzaun hängen: So wurde auf westdeutschen Schulen kaum Russisch, so

gut wie kein Polnisch oder Tschechisch gelernt, wurden Seminare für osteuropäische Sprachen und Geschichte eher marginal organisiert oder gar später, und dann noch sogar nach 1989 bis in die jüngste Zeit minimiert und an manchen Orten wegrationalisiert. So muss es heute darum gehen, das Wissen in Westeuropa, auch in der Bundesrepublik Deutschland, über Osteuropa und seine Länder und Menschen zu verbessern. Dazu gehören auch die Bemühungen zu stärkerer Konzentration auf wesentliche, d.h. übergreifende und interdisziplinäre Aspekte ausgerichtete Forschungsfragen – und damit auch Ablösung von bislang eher separiert verlaufenden Diskursen einzelner, auf Osteuropa bezogener Sparten bzw. Disziplinen.

Wesentlich ist, dass wir historisch-politisch den Blick nach Osten *weiten*, ja, auch *erweitern*, weil wir einen weiteren Aspekt, nämlich den der Globalisierung und die damit einhergehende neue Ausbildung von Antagonismen, berücksichtigen müssen. Gerade in einer Zeit, in der der Streit um die Karikaturen Mohammeds die Welt erschütterte, wird klar, wie sehr Wertvorstellungen im interkulturellen Dialog entweder in Symbolen ihren Ausdruck finden oder aber auch von ihnen bestimmt sein können. Dabei greift das im Westen gebräuchliche Argument, die Pressefreiheit sei als Wert gerade in diesem Falle ein höchst schützenswertes Gut, schon deshalb nicht ganz, weil auch wenn das Problem ausschließlich von sich aus, also von innen nach außen, gesehen wird und eben nicht, dem Gebot der Toleranz folgend – auch – von der anderen Seite her. Gerade in den Formen der Bildlichkeit, aber auch der Sprachlichkeit von Schlagworten bis hin zu Gestik und Mimik, wird deutlich, wie die Wertvorstellungen von Gesellschaften untereinander von medialen Konstrukten und deren Vermittlung abhängig sind oder sein können. Galt dies schon in Zeiten aktiver Kriegspropaganda oder, zumal im Nationalsozialismus, auch als Element der Progrombildung gegenüber Juden und Minderheiten, so muss der Sensibilität der visuellen Provokation schon deshalb besonders Rechnung getragen werden, weil die nicht tolerierbaren Exzesse nur neuerlich Rechtsextreme und Ewiggestrige im Westen wie im Osten zu neuen Aktionen motiviert bis hin zu Hetzaufrufen im Internet. Das geschieht übrigens in Europa – West ebenso wie in Europa – Ost und führt gerade über das Internet Vorstellungen von rechtsextremen Gruppen zusammen, die den Wertvorstellungen der europäischen Bürgergesellschaft in der Einheit ihrer kulturellen Vielfalt und Prägung zuwider laufen und in deren Gefolge neuerlicher Antisemitismus, in Osteuropa wie in Westeuropa, entstehen kann.

So gesehen ist angesichts der Globalisierung und des sich abzeichnenden Gegensatzes von Fundamentalismen der Abbau von Stereotypen ebenso notwendig wie die Notwendigkeit, die Integration Osteuropas in die Wertegemeinschaft der westlichen Demokratien und Freiheitsbegriffe voranzutreiben.

Stellte sich der Wertewandel in Staat und Gesellschaft in Westeuropa als ein Prozess über 60 Jahre dar, der durchaus nicht kontinuierlich, sondern zuweilen auch sprunghaft verlief, wie insbesondere die Entwicklung nach 1968 in Frankreich und Deutschland oder die zunehmende Immigration aus bisherigen überseeischen Kolonien nach Großbritannien, Frankreich, in die Niederlande und nach Portugal oder auch die europäische Binnenmigration aus den Mittelmeerländern nach dem Norden zeigen, so verlief demgegenüber der Wertewandel in Osteuropa anders, nämlich gleich mehrfach. Dies gilt schon für die frühe Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, bezieht sich je nach Freiheitsbedürfnis wie etwa in Ungarn, Polen und der ehemaligen CSSR auf einzelne, durchaus nicht ohne Einfluss des Westens laufende Entwicklungen und war nicht zuletzt auch durch die jeweiligen Wandlungen in der Sowjetunion bestimmt. Sicher bestimmte der Tod Stalins und die sich anschließenden sogenannten „Säuberungswellen“ einen solchen Wandel, aber auch später, bei Ablösung jeweiliger Führungskader in der jeweiligen Kommunistischen Partei, haben Wechsel stattgefunden, doch blieben die Wertvorstellungen *grosso modo* immer systemimmanent. Über die Jahre und Jahrzehnte baute sich eine politische Struktur und mit ihr eine politische Kaste auf, die der Staatsgewalt Staatsgestalt verlieh, und die sich, gestützt auf Parteiapparat und Geheimdienste, gleichsam evolutionär bis in die jeweiligen Familien und Freundeskreise weiterentwickelte. Das ist deshalb von Bedeutung, als ja unmittelbar an die Entwicklung von *Glasnost* und *Perestroika* in einzelnen Ländern Politiker an die Macht kamen, die sich zwar nunmehr im nicht selten sozialdemokratischen oder liberalen parteipolitischen Gewand zeigten, im Grunde genommen aber durchaus der alten Nomenklatura entstammten – und/oder auch alt erworbene Pfründe, das heißt auch konkret Positionen für Familie oder Clans weiter für sich reklamierten, kurz: Sie hatten und hielten die Fäden in der Hand. Nicht selten gingen damit einher Erscheinungsformen der Korruption, die es freilich zuvor schon gab, die sich jedoch nach Aufbrechen der alten Strukturen neu zu organisieren hatte. So stellt sich nicht selten die heutige politische Führung in diversen Ländern als politische Einheit dar, die gleichsam ein neues Trikot übergestreift hat und doch die alten Spiele beherrscht.

In den Baltischen Staaten, aber auch im ehemaligen Jugoslawien, in der Ukraine und in Weißrussland und der Slowakei, kommt ein weiteres Moment des Wertewandels hinzu. Gemeint ist die Ausbildung neuer Nationalität oder genauer: die *Rück*erinnerung an frühere Eigenständigkeiten, die nicht selten eher an die Bildung von Nationalstaaten im 19. Jahrhundert in Mitteleuropa denken lässt denn an eine Verselbständigung Ende des 20. Jahrhunderts. Gerade in den Baltischen Staaten mit ihren *vielfachen*, aber auch *vielfältigen* historischen Wandlungen entlang der Interessensfelder ausländischer Mächte wie dem Deutschen Reich, dem zaristischen Kaiserreich und der Sowjetunion sowie Polens ist zum Teil eine Rückbesinnung auf *vormoderne* Denk- und Handlungsmuster als Teil dieser Nationalstaatsbildung spürbar – wiewohl die Staaten selbst seit dem 1. Mai 2004 zur Europäischen Union gehören. In dieser Entwicklung zählt die unbedingte Identitätsfindung und -bestätigung über die Sprache, was zuweilen Sprachräte über die Reinheit wachen lässt, aber ebenso spielt der Bezug auf Gründungsmythen früherer Zeiten im Sinne einer postromantischen Retrospektive eine Rolle.

Dass zum Ausweis nationaler Identität, die ja nicht nur individuell, sondern auch kollektiv erfahrbar ist, auch äußere Wertezeichen von Souveränität wie sich national verstehende Kultureinrichtungen wie die Nationalen Philharmonien, Nationalmuseen, Nationalbibliotheken, Nationalarchive etc. gehören, versteht sich von selbst und ist hier auch nicht gemeint: Gegen eine solche Entwicklung mag ja zuweilen, nicht ohne Anflug aus westeuropäischer Selbstgefälligkeit eingewandt werden, dass sie so und nicht anders stattgefunden habe. Dagegen spricht meines Erachtens nicht so sehr das *dass* eine Rolle als vielmehr die Frage, *wie* und *von welchen* Gruppen getragen, diese Rückbesinnung insgesamt stattfindet. Denn mit der intensiven Rückbesinnung auf archaische Mythen einher geht gerade bei nationalkonservativen und rechtsextremen Gruppierungen, die sich ja durchaus auch aus den alten Kadern rekrutieren, der Versuch, Politik neuerlich zu ideologisieren. Dies kann, wie z.B. bei einzelnen polnischen Gruppierungen zu sehen ist, etwa dazu führen, dass der Wertewandel subjektiv schon gleichsam als Wechsel von Orten begriffen wird, so, als ob nämlich die frühere Führungsrolle Moskaus lediglich mit der Brüssels ausgetauscht sei. Auch wird rasch versucht, im Sinne vermeintlich nationaler Identität neue *Feindbilder* aufzubauen und zugleich in der Wechselwirkung von älteren Führungsstrukturen, die sich zum Teil zu neuen informellen Netzwerken zusammenfinden, auch neue Wertfeststellungen vorzunehmen.

Von besonderer Bedeutung war und ist für den Wertewandel die Rolle der Religionen, zumal der christlichen Kirchen, im Hinblick auf die Transformation der Gesellschaften. Dabei ist freilich festzustellen, dass es ohne die Katholische Kirche als festem Halt wohl kaum eine in sich gefestigte, von Solidarnosc nach vorne gebrachte politische Grundströmung gegeben hätte, die letztlich zum Sturz des alten Systems führte. Dass dabei Papst Johannes Paul II. sich nicht nur als Oberhirte für die Gläubigen, sondern auch als eine Art personifizierter Garant für den Wertewandel zu mehr Freiheit verstand – und auch so verstanden wurde – liegt auf der Hand. Wurde in positiver Entwicklung durch Einführung theologisch-religiös bestimmter Werte eine Wechselwirkung von Religion und Politik eingeleitet, so mag dies im heutigen West- und Osteuropa auch in freilich anders orientierten Verhaltensmustern, gleichsam vice versa, Gültigkeit beanspruchen: Dies gilt z.B. für den Umstand, dass nicht wenige heutige Präsidenten, die zuvor noch kommunistische Altkader waren, kaum eine Zeremonie der Kirche auslassen, um damit Popularität, auch populistisch Medienwirksamkeit bei denen zu erlangen, die sich nach jahrzehntelanger Unterdrückung ihrer Religion wieder offen zu ihrem Glauben bekennen (dürfen und können).

Das Beziehungsfeld Religion und Politik ist freilich „nur“ ein Gebiet unter mehreren, die im Rahmen der Erinnerungspolitik bzw. Aufarbeitung der Geschichte in mehreren Ländern Mitteleuropas in Gang gekommen sind bzw. kommen. Während in Ungarn beispielsweise eine Art Gauck-Behörde im Entstehen ist oder errichtet wurde, die die Dokumentation der Verbrechen und Verfolgung unter dem kommunistischen Regime zum Ziele hat, gibt es in anderen Ländern einzelne Kommissionen, die sich der gleichen Aufgabe, jeweils im nationalen Kontext, zuwenden. Wenn dabei, wie zum Beispiel im litauischen Toleranzzentrum in Vilnius, allerdings unter einem Dach (im renovierten ehemaligen jüdischen Theater) sowohl die Aufarbeitung der litauischen Beteiligung am Holocaust als auch die Erforschung des kommunistischen Terrors bzw. Totalitarismus stattfindet, hat dies zu vielfachen Erörterungen im Lande geführt: kann, soll im gleichen Haus unter der Überschrift „Toleranzzentrum“ die Erforschung der Opfer des Holocaust *und* des Stalinismus betrieben werden dürfen? In Litauen ist diese Frage gelöst worden durch die Ansiedlung der unterschiedlichen Aufgaben bei zwei Kommissionen. Ungeachtet dessen aber bietet es sich an, die Erforschung des Holocaust nicht nur im jeweiligen nationalen Rahmen zu betreiben, sondern auch in übernati-

onaler Kooperation, insbesondere mit Deutschland, sowie, was über die verschiedenen Formen des Antisemitismus neue Aufschlüsse vermitteln könnte, als komparative Studien im europäischen Kontext. Das Gleiche könnte, wohlgemerkt im europäischen Sinne, neben den Themen Holocaust und Kommunistisches System auch für die Erforschung der Vertreibungsgeschichte gelten, die sich als Geschichte vielfacher, d.h. *aller* jeweiligen Vertreibungsgeschichte schon deshalb zu verstehen hat, weil sie z.B. in der tagesaktuellen Politik schon wieder rasch als *Umsiedlungen* deklariert werden mögen.

Alle drei Themenfelder, nämlich die Erforschung des Holocaust, des Stalinismus und der kommunistischen Systeme sowie der Vertreibungen, sie alle scheinen geeignet, Aufarbeitung von Geschichte als *Erinnerungsauftrag* zu formulieren – und über gemeinsame, auch übernationale Kommissionen und Forschungen zur europäischen Orientierung der Wertegesellschaft zu gelangen. Auch wäre es für die Forschung unabdingbar, sich verstärkt der mediengeschichtlichen Überlieferung von Dokumenten des Hörfunks und des Fernsehens zuzuwenden. Immerhin wurden unsere Vorstellungen ja nicht zuletzt durch die in jeweiligen Fernsehprogrammen gezeigten Bilder und Bilddarstellungen und, im Hörfunk, durch Nachrichtensendungen und Kommentare bestimmt. Die solchermaßen erzeugten Bilder der jeweils *Anderen* zu untersuchen, wäre auch schon deshalb lohnenswert, damit sie nicht fremd bleiben oder vielleicht auch wieder *Fremde* werden. Auf diese Weise würde nicht nur so dem Verdrängen Einhalt geboten, dass es eben nicht zum Vergessen wird, sondern auch ein Verantwortungsauftrag an die nächstfolgenden Generationen vermittelt. Denn, wie es gerade einmal 17 Jahre nach Fall der Berliner Mauer schwieriger wird, den nachfolgenden Generationen die Bedeutung dieses Walles der Unfreiheit und Unterdrückung zu verdeutlichen, so wird es ebenso wichtig sein, das Gedächtnis auch so in kollektive Verantwortung zu legen, dass es individuell erfahrbar bleibt. Auch dieser Auftrag gehört in Max Weber's Sinne in den verantwortungsethischen Rahmen, den die Politik im europäischen Einigungsprozess gerade gegenüber Osteuropa wird beachten müssen, will sie das Ziel der europäischen Bürgergesellschaft und ihrer Wertvorstellungen nicht aus dem Auge verlieren.

Dies gilt freilich nicht nur für das Werteverständnis in diachroner Betrachtung, sondern hat auch Gültigkeit für die synchrone Neuordnung der Gesellschaften in den einzelnen Ländern. Dabei spielt für den Wertewandel eine in Osteuropa stattfindende und dem Westen vergleichbare demographische Entwicklung eine gewichtige Rolle. Sie bedeutet nicht nur die

Binnenmigration, die das Verlassen der ländlichen Gebiete und die Zuwanderung in die Hauptstädte, zunehmend wegen der anhaltenden Arbeitslosigkeit aber auch die Auswanderung nach Deutschland, England, Irland und Amerika kennt; vielmehr stellt sich im Generationenkonflikt auch eine Aufteilung der Gesellschaft je nach Partizipation am Arbeitsmarkt, aber auch am westlichen *style of Life* als Problem dar. Während bei letzterem der Bildungsgrad, vor allem die sprachliche Kompetenz in der Arbeitsmarktsituation mit *share holder value* Partnern gefragt ist, bleibt die mittlere Generation, noch im alten System sozialisiert, klar zurück, von den Alten ganz zu schweigen. Dass bei der jüngeren Generation nicht nur Popkultur stellvertretend für Westliches steht, sondern zunehmend auch negative Effekte wie Drogenprobleme zeitigt, deutet darauf hin, wie sehr der Wertewandel – auch – Angleichung an die in den Gesellschaften Westeuropas anzutreffenden Gewohnheiten, auch der negativen Werte, bedeutet – und von Rechtsextremisten und Nationalisten schnell als das Vordringen des „Gottlosen“ interpretiert wird. Je mehr jüngere Menschen die Dörfer und Mittelstädte in Osteuropa verlassen, um so mehr Perspektivlosigkeit wird dort entstehen – im Gegensatz zu den neuen Hauptstädten, die von den Bauten her saniert sind und sich wie Krakau, Vilnius, Budapest und Riga im Glanz neuer Prosperität zeigen. Im Grunde genommen entsteht hier eine Art Drei-Klassensystem der Städte, die die boomenden Hauptstädte im Standard des Beginns des 21. Jahrhunderts ebenso kennt wie die Mittelstädte, die etwa nicht nur von der Bausubstanz her den Stand Mitte des 20. Jahrhunderts reflektieren, wohingegen die Dörfer in ihrer Verfallen- und Verlassenheit zum Teil auf dem Stand der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stehen bleiben oder auf diesen zurückfallen, indem sie *verfallen*. So wirkt sich das Verhältnis von Zentren zur Peripherie nicht nur urbanistisch und demographisch aus, sondern hat vehement Einfluss auf die Sozialstrukturen und ihren latenten Zerfall. Wenn die fachlich Qualifizierten erst einmal das flache Land in Richtung Städte oder gar das Land selbst in Sinne eines *brain drain* ins Ausland verlassen haben, wie dies bereits in Bulgarien, Polen, aber auch anderswo festzustellen ist, dann entsteht in Mitteleuropa ungeachtet der neuen, vom Westen her kommenden Industrieansiedlungen ein Vakuum, in dem gesamteuropäische Wertvorstellungen nicht einfach umzusetzen sein werden.

Betrachtet man die Entwicklung im Überblick, so wurde nicht von ungefähr der Einstieg in das Thema am Beispiel der Hardenberg'schen Denkschrift

von 1807 und an Hand der späteren deutsch-deutschen Befindlichkeit der zweiten Hälfte des 20. Jh. im historischen Kontext gewählt. Wenn Europa zusammenwachsen wird, dann wird die Einigung in erster Linie über die Kultur und die damit verbundene Entwicklung einer europäischen Bürgergesellschaft gelingen oder scheitern, wie Jacques Lang, der frühere französische Kulturminister, es einmal gesagt hat: „L'Europe sera culturel ou ne sera pas.“ Innerhalb dieser – auch politischen – Kultur und Bürgergesellschaft spielen Wertvorstellungen eine wichtige Rolle, zumal dann, wenn sie sich, wie in unserer Zeit, im Wandel befinden. Wohl kaum ein anderes Land ist so geeignet, für die Transformation der Gesellschaften, die ja für Osteuropa nichts anderes bedeutet als, über Beibehaltung eigener Traditionen und Wertvorstellungen, den Anschluss an die westliche Wertegesellschaft zu finden, als Mediator zu wirken wie die Bundesrepublik Deutschland. Kein Land in Europa gehörte nämlich *beiden* Blöcken in West *und* Ost an, und kein Staat war und ist so intensiv in die historisch-politische Verantwortung von Holocaust und Zweitem Weltkrieg eingebunden – wie das vereinigte Deutschland: Aber auch kein Land hat sich erinnerungspolitisch als lebendige Demokratie der Aufarbeitung von gleich zwei historischen Diktaturen so erfolgreich zugewandt wie die Bundesrepublik Deutschland.

Die Bundesrepublik Deutschland – nicht als „praeceptor Germanicus Europae“ – sondern als *Mittler* im europäischen Diskurs, und zwar so in der Mitte Europas, wie Deutschland um die Zeit der Aufklärung und damit der Vermittlung unserer Grundwerte topographisch und geopolitisch lag: so, wie Berlin auf der Mitte zwischen St. Petersburg und Paris.

